

(17.12.2019)

Lieber Micha,

wie besprochen hier mein Versuch, unsere Diskussion vom letzten Mittwoch zusammenzufassen. Ergänzungen und Änderungen der GenossInnen sind ausdrücklich erwünscht:

Der Ortsverband Hohe Börde befasste sich auf seiner Dezemberversammlung mit dem Aufruf des Parteivorstandes zur Strategiedebatte.

Wir beschreiben die derzeitige Situation wie folgt:

Die Gesellschaft zerfällt in einen losen Haufen Individualisten, die um ihre eigenen Interessen zu verfolgen, ihre Ellenbögen einsetzen (müssen). Solidarität in einer großen Gemeinschaft ist nicht mehr gefragt, wird aber gerade im Osten von vielen wieder herbeigesehnt. Das betrifft leider nicht nur die Gesellschaft allgemein, sondern uns als Basis erscheint es in der Bundestagsfraktion und Parteiführung auch an Solidarität und dem Willen zu fehlen, gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen. Wir können den Problemen, die mit dem Kapitalismus einhergehen, wie der Privatisierung der Daseinsvorsorge und dem Klimawandel nur entgegenwirken, wenn wir die Systemfrage stellen. Trotzdem sollten wir zeitgleich auf allen Ebenen in den Parlamenten für eine Verbesserung der jetzigen Lebensverhältnisse streiten.

Im übrigen stimmen wir Benjamin Hoff's Anschauungen, die er im „ND“ vom 28.11.19 in dem Artikel „die Route wird neu berechnet“ beschreibt, zu.

(Ich hoffe, ich habe das so richtig wiedergegeben, aber wir hatten ja vereinbart, dass alle noch mal drüberschauen und ergänzen.)

Beste Grüße aus der Haushaltsdebatte im Landtag. Doreen.

27.12.2019

Ergänzende Anmerkungen unter Berücksichtigung der durch den Vorstand aufgeworfenen Fragestellungen zur Strategiekonferenz:

-Gesellschaft aktuell und Rolle der Partei:

Wir bestätigen die Auffassung zu einem derzeitigen gesellschaftlichen Umbruch. Nach 30 Jahren Umbruch und Wiederauferstehung des Kapitalismus im Osten sowie dessen neoliberaler Entfesselung nach Zusammenbruch der gesellschaftlichen Alternative weltweit ist die Gesellschaft durch die systemimmanenten Widersprüche der kapitalistischen Verwertungsprozesse massiv in den individualisierten Überlebenskampf getrieben worden und von kollektivem Denken und Handeln entfremdet, nicht nur vor Ort, sondern auch staatenübergreifend. (siehe Beispiel EU)

Die Rolle unserer Partei als (ehemalige) Organisation einer Bündelung kollektiver Interessen einer relativen Mehrheit ist dadurch deutlich geschwächt worden. Aufgabe muss es sein, über die partikularen (aber auch wichtigen) lokalen Probleme von Landstrichen bzw. Brennpunktkommunen hinaus immer wieder auf die oft gesellschaftlichen Ursachen dieser Probleme zu verweisen und den unbedingten Willen zur Überwindung dieses gesellschaftlichen Systems der privatkapitalistischen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zu bekunden, weil sonst der kollektive Untergang der Menschheit droht.

-Veränderungsmöglichkeiten:

Gegenüber den tatsächlichen globalen Problemen für die gesamte Menschheit sind die momentanen ständigen Reibereien und Streitigkeiten zwischen der Führung der Partei und der Fraktion, die immer wieder kolportiert werden, deren Tiefe aber schwer einschätzbar ist, kleinlich. Es zerstört jede Vorstellung von gemeinsamem zielgerichtetem Handeln. Ja, jede Regierungsbeteiligung, die in „innerkapitalistischen“ Kämpfen zur Verbesserung der Situation der Schwachen, Schwächsten und Benachteiligten in dieser immer mehr auseinanderdriftenden Einkommensschere führt, ist wichtig, aber letztendlich nur Schminke, wenn nicht darauf gedrungen wird, dass die Ursache dadurch nicht beseitigt wird. Es darf niemandem die Schamröte ins Gesicht steigen, von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und damit auch klar das Wort „Enteignung“ zu nennen. Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein. (Noch bis zum Neubau eines Hauses für die Freiwillige Feuerwehr in Gommern am alten Bau in Stein gemeißelt!) Bei aller Unterstützung von „Reparaturen“ muss die Partei klar machen, dass wir mehr wollen und dabei trotzdem auf dem Boden des Grundgesetzes stehen! (Gysi 1990: Wir wollten eine neue Verfassung und nicht dieses Grundgesetz,

aber wir werden wahrscheinlich die einzigen sein, die dieses Grundgesetz einmal noch mit aller Macht verteidigen werden.)

-Durchsetzungsmöglichkeiten:

Haben wir nur, wenn nach Meinungsbildung vor und bei Aktionen dann auch alle ohne Querelen an einem Strang ziehen. Wer mangelnde Solidarität beklagt und sie wieder gesellschaftlich befördern will, muss auch solidarisch handeln!

Realistische Politik:

Alle Forderungen, die ökologisch und nachhaltig sind, unterstützen, egal von wem, dabei auf sozialpolitische Wirksamkeit achten und fördern. Was uns von den anderen unterscheidet, muss das weiterführende Denken und Handeln sein, dass nur solidarisches Handeln bei strikter Forderung nach Frieden und Sicherheit der Zukunft Gewähr bietet. Wie hat jemand gesagt? Wir müssen nicht plötzlich grüner sein als die Grünen. Wir sind es aber in letzter Konsequenz, wenn wir über die Unterstützung darüber hinaus auf die Kosten und Folgen von Rüstung und Krieg im Klimawandel verweisen. Diese Ressourcen den „Grünen“ zur Verfügung stellen zu wollen, geht doch über deren Vorstellungen zurzeit hinaus. Wir müssen nicht immer Vorreiter sein wollen, sondern auch in breiten Maßen öffentlichkeitswirksame „Mitmacher“.

Gesellschaftliche Rechtsentwicklung:

- kann nur durch solidarisches Handeln und Auftreten wirksam bekämpft werden. Dem steht ein überbordender Nationalismus entgegen, den wir bekämpfen müssen, ohne über heimatverbundenes, lokalpatriotisches Denken und Handeln, welches Gemeinsinn durchaus auch fördert, den Stab zu brechen.

Klassen gibt es schon noch, aber die Grenzen verwischen. Um ein Gegeneinander Ausspielen vermeiden zu können müssten wir Sachwalter aller von zugewiesenem Einkommen Abhängigen sein und auch neben dem „klassischen“ Bemühen der Verankerung in den Gewerkschaften hinter der Verbesserung der Situation der scheinselfständigen „Selbstausbeuter“ stehen, der IT-Heimwerker, denen es zum Teil durchaus gut geht, die aber nicht sehen, dass auf ihre Kosten Zusatzprofit erschlossen wird; ebenso die Kleinbetriebe, die sich keinen „Wasserkopf“ leisten können, dessen Aufgaben zusätzlich nach Feierabend übernehmen und als Zulieferer von Großunternehmen und Ketten erpresserisch abhängig sind. Wenn Profitgier gezügelt werden kann, sollte das in unserem Sinne sein. Auch wenn es steuerlich geregelt wird, was gegenwärtig beileibe nicht zu erwarten ist.

Aktuell sehe ich als Beispiel die umfängliche Berichterstattung zum bezahlbaren Wohnen in Berlin und die unsägliche Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA, die von den (leider nur wenigen) Lesern des ND als Multiplikatoren wirksamer werden müsste. Es muss selbstverständlich sein, dass die Funktionsträger und Volksvertreter einer sozialistischen Partei auch eine sozialistische Tageszeitung im Abonnement haben, schon, um sie anschließend in den Gremien liegen zu lassen.

Zum Schluss: Mit unserem lokalen Parteileben haben wir erst einmal selbst genug zu tun, um Ratschläge geben zu könne.

Micha. (Zum Weitermachen weiter gereicht)